



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 21.01.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:08 Uhr
16:33 Uhr bis 17:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion
	Vertretung für Herrn Raue
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion
Dr. Jörg Erdsack	CDU-Stadtratsfraktion
	Vertretung für Herrn Haak
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion
	Vertretung für Herrn Bernstiel
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke
Katja Müller	Fraktion Die Linke
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Tim Kehrwieder	Fraktion FDP/FREIE WÄHLER
	Vertretung für Herrn Silbersack

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Reik Möller	Büro des Oberbürgermeisters
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

Philipp Pieloth	SPD-Fraktion
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion
Andreas Silbersack	Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt schlug vor, den nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses im Anschluss an die Einwohnerfragestunde vorzuziehen. Er begründete dies und führte aus, dass er am folgenden Tag an der Einweihung eines Platzes mit dem Namen „Halle an der Saale“ in der Partnerstadt Grenoble teilnehmen wird und somit die Sitzung heute frühzeitig um 17:25 Uhr verlassen muss.

Weiter schlug er vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

öffentlicher Teil

TOP 8.13

Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kontaktaufnahme zu Kommunen mit großskaligen Rechenzentren

Vorlage: VIII/2025/02039

→ **Vorschlag: vertagen**

TOP 7.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Rettung des Südstadt Centers in Halle

Vorlage: VIII/2025/02029

→ **Vorschlag: vertagen**

Nicht öffentlich

TOP 12.2

Dauerhafte Umsetzung eines Beamten auf die Stelle Fachbereichsleiter im Fachbereich Soziales

Vorlage: VIII/2025/02148

→ **Vorschlag: vertagen**

Herr Heym vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 7.1

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017

Vorlage: VIII/2025/02052.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

Öffentlicher Teil

TOP 7.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/02136

→ **Beschlussvorlag geändert**

Frau Dr. Wünscher zog im Namen ihrer Fraktion

TOP 7.2

Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) auf Prüfung der Einführung von kontrollintensiven Bereichen zur Einschränkung des zu öffentlichen Verschmutzungen und Vandalismus führenden Alkoholmissbrauches

zurück.

Herr Ferdinand Raabe zog im Namen seiner Fraktion

TOP 7.4

Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“

Vorlage: VIII/2025/01491

zurück.

Herr Dr. Meerheim bat darum, den Tagesordnungspunkt 15 vor der Behandlung der nichtöffentlichen Beschlussvorlagen vorzuziehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
- . Herstellung Nichtöffentlichkeit
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2025
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Personalangelegenheit
 Vorlage: VIII/2025/02132

- 12.2. Dauerhafte Umsetzung eines Beamten auf die Stelle Fachbereichsleiter im
Fachbereich Soziales
Vorlage: VIII/2025/02148 **VERTAGT**
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
16. Anregungen
- . Herstellung der Öffentlichkeit
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift vom 11.12.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.12.2025
Vorlage: VIII/2025/02123 **ABGESETZT**
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Besetzung des Engagement-Beirates
Vorlage: VIII/2025/02017
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten
Freiraumkonzept VII/2019/00017
Vorlage: VIII/2025/02052 **VERTAGT**
- 7.2. Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) auf Prüfung der Einführung von
kontrollintensiven Bereichen zur Einschränkung des zu öffentlichen Verschmutzungen
und Vandalismus führenden Alkoholmissbrauches
Vorlage: VIII/2025/01801 **ZURÜCKGEZOGEN**
- 7.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Rettung des Südstadt Centers in Halle
Vorlage: VIII/2025/02029 **VERTAGT**
- 7.4. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem
Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“
Vorlage: VIII/2025/01491 **ZURÜCKGEZOGEN**
- 7.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: VIII/2025/02136
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thorben Vierkant zur Verkehrssituation auf der
Hochstraße
- 8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thorben Vierkant zum Weihnachtsmarkt

- 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Baumfällliste
Vorlage: VIII/2025/02129
- 8.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Teilnahme an der „Refill Station“-Aktion
Vorlage: VIII/2025/02130
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zur Einrichtung eines Samstagsmarkts mit regionalen Anbietern im Giebichensteinviertel
Vorlage: VIII/2025/02050
- 8.6. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme am Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“
Vorlage: VIII/2025/02053
- 8.7. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Beschriftung des Matthias-Grünewald-Denkmal
Vorlage: VIII/2025/02026
- 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Fabian Borggrefe (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Erweiterung der Vorschlagsliste von Personennamen für Straßenbenennungen um Ilke Wyludda
Vorlage: VIII/2025/02027
- 8.9. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Ferdinand Raabe zu Überlastungsanzeigen
- 8.10. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Darstellung des Haushaltsplans der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/02065
- 8.11. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Prüfung der Einrichtung temporärer Behindertenparkplätze bei öffentlichen (Groß-)Veranstaltungen
Vorlage: VIII/2025/02066
- 8.12. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kooperation des HFC mit dem Tierheim Halle – „Einlaufhunde“ zur Förderung der Tiervermittlung
Vorlage: VIII/2025/02063
- 8.13. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kontaktaufnahme zu Kommunen mit großskaligen Rechenzentren
Vorlage: VIII/2025/02039
- 8.14. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Tim Kehr wieder zu einem Wunschweihnachtsbaum im Ratshof
- 8.15. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Mini-Gradierwerkes im Stadtgebiet Halle
Vorlage: VIII/2025/01911
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen

VERTAGT

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Herstellung Nichtöffentlichkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Der öffentliche Teil des Hauptausschusses wurde um 16:33 Uhr fortgeführt.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.12.2025 **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.12.2025
Vorlage: VIII/2025/02123**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt wurde.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Besetzung des Engagement-Beirates
Vorlage: VIII/2025/02017**

Herr Bürgermeister Geier stellte die Vorlage für die neue Sitzungsperiode des Engagement Beirates vor und sagte, dass diese in den Hauptausschuss verwiesen wurde, um zu klären, ob es möglich ist, zukünftig wieder Institutionen als Mitglieder zu benennen.

Die neue Vorgehensweise ermöglicht mehr Flexibilität, da im Falle einer Verhinderung die Institution einen Vertreter entsenden kann. Er bat abschließend um Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements für die Dauer von zwei Jahren folgende Institutionen/Personen als stimmberechtigtes Mitglied in den Engagement-Beirat:
 1. Stadtverwaltung Halle (Saale) - Der Oberbürgermeister
 2. Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
 3. BÜRGER.STIFTUNG.HALLE
 4. Arbeitskreis Christlicher Kirchen
 5. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V.
 6. Verband der Migrantenorganisationen Halle (Saale) e.V.
 7. Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale)
 8. Stadtsportbund Halle
 9. Stadelternrat
 10. Freiraumbüro Halle
 11. Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 12. Kinder- und Jugendrat Halle (Saale) / Stadtschülerrat
 13. Koordination der kulturellen Themenjahre
 14. Behindertenbeirat der Stadt Halle (Saale)

2. Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen werden als beratende Mitglieder berufen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/02136**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Wels

Ja, vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Antrag meiner Fraktion vor, in einer überarbeiteten Fassung. Im Kern geht es um Folgendes. Wir wollen die Hauptsatzung anfassen. Wir wollen die Hauptsatzung so ändern, dass Ausschüsse künftig aus zwölf Mitgliedern bestehen. Und damit stellen wir insofern sicher, dass jede Fraktion angemessen auch an den Entscheidungen beteiligt ist.

Denn zur Begründung: Demokratische Teilhabe bedeutet eben mehr als nur Anwesenheit. Es bedeutet mehr als nur ein Rederecht. Demokratische Teilhabe bedeutet mitentscheiden, und zwar mit beschließender Stimme. Nur wer stimmberechtigt ist, trägt am Ende auch die Verantwortung für die Entscheidungen, die hier und durch die Ausschüsse insgesamt getroffen werden. Und beratende Stimmen können genau das eben nicht ersetzen.

Und wenn wir Transparenz wollen, wenn wir Fairness wollen, wenn wir Rechenschaft auch ernst nehmen, tja, dann muss man ganz ehrlich sagen, braucht jede Fraktion in jedem Ausschuss mindestens eine beschließende Stimme. Und unser Vorschlag sorgt eben genau dafür. Und dann wird auch keine Fraktion mehr zum Zuschauen oder dürfen mal herantreten

an den Tisch. Sondern die können an der Stelle an den beschließenden Prozessen teilhaben. Und dann ist der Wählerwille insofern erfüllt und somit bilden die Ausschüsse am Ende auch die politische Vielfalt dieser Stadt vollständig ab. Das zur Einführung zu meinem oder zu unserem Antrag meiner Fraktion. Und dazu bitte ich natürlich um Diskussion und auch letztlich um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich danke Ihnen Herr Wels.

Frau Dr. Wünscher zuerst und dann Frau Müller.

Frau Dr. Wünscher

Herr Oberbürgermeister, Herr Wels, aus Ihrer Sicht kann ich natürlich verstehen, dass Sie so einen Antrag stellen. Und ich sage es gleich vorab: Wir werden diesen Antrag ablehnen.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Das bedeutet, dass die Gruppierungen angemessen nach ihrem Stimmanteil, den sie bei den letzten Wahlen errungen haben, in den Gremien und Ausschüssen vertreten sind. Wir haben seit Jahren dieses bewährte Verfahren nach D´Hondt und so sind die Ausschüsse zusammengesetzt.

Und Sie haben es ja schon gesagt: Jeder Stadtrat hat die Möglichkeit, in jedem Ausschuss mitzusprechen und mitzuberaten, aber eben nicht abschließend stimmberechtigt zu sein. Und ich denke mal, dieses bewährte Prinzip, nämlich der repräsentativen Demokratie, das sollten wir hier nicht über den Haufen werfen. Ansonsten, denke ich mal, hätten wir großen Erklärungsbedarf, warum eine Fraktion mit vielen Menschen, sage ich mal, in unserem Falle mit maximalen ... (unverständlich) dann die folgenden mit elf und neun und ähnlichen, warum sie sozusagen genauso gestellt sein sollten wie eine Fraktion mit zwei oder drei Mitgliedern.

Das denke ich mal, das war bislang nicht unsere Vorgehensweise. Und ich denke, das sollte auch in Zukunft nicht so sein. Also von uns ein ganz klares Nein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank für das klare Votum, Frau Dr. Wünscher. Ich würde jetzt Frau Müller von den Linken das Wort erteilen.

Frau Müller

Vielen Dank. Ja, Frau Dr. Wünscher hat mir jetzt schon einiges vorweggenommen. Herr Wels, sind wir doch mal ganz ehrlich: Wir wissen ja auch, woher der Antrag rührt. Den Antrag hätten Sie ja nicht gestellt, wenn Sie bei einem rechtlich legitimen und vollkommen alternativlosen Losverfahren nicht Ausschusssitze verloren hätten. Das ist doch der Anlass des Ganzen. Und wie gesagt, ansonsten gäbe es diesen Antrag nicht.

Sie haben tatsächlich schon sich nach dieser Stadtratssitzung, wo das passierte, nicht Sie persönlich, aber Ihr Vereinsvorsitzender, in einer wirklich, wie ich finde, erschreckenden Art und Weise dazu geäußert. Sie haben uns sogar die kommunalpolitische Zusammenarbeit aufgekündigt, weil wir es uns gewagt haben, mit jetzt acht Mitgliedern sozusagen ein uns zustehendes Recht auf womöglich ein, zwei, drei, vier mehr Ausschüsse in Anspruch zu nehmen. So, jetzt kommt dieser Antrag.

Und Frau Wünscher hat es eben schon gesagt: Es gibt Verfahren und die sind hier angewendet. Man kann sicherlich auch über Verfahren und Verteilungsschlüsse grundsätzlich mal diskutieren. Aber wir sind in einer laufenden Wahlperiode und da gelten diese Regeln. Und Sie versuchen jetzt, weil Sie diese Ausschusssitze verloren haben, sich das danach wieder hinzubiegen. Und das finde ich nicht in Ordnung. Und damit öffnen wir auch letztlich eine Büchse der Pandora Was soll das werden, wenn wir das einmal so

anfangen?

Und Herr Wels, Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage, aber die beste Möglichkeit, um Ausschusssitze zu gewinnen, ist, gute Wahlergebnisse oder entsprechend hohe Wahlergebnisse bei Wahlen einzufahren. Und wenn Sie diese Ergebnisse nicht erreichen, dann können Sie nicht jetzt hier im Nachhinein, wo Ihnen noch ein Losglück abhanden kam, ansonsten würde das ja gar nicht passieren. Sie haben ja auch darauf spekuliert, vorab, dass es womöglich auch zu Ihren Gunsten ausgeht. Hätte ja auch passieren können. Dann wäre das hier alles überhaupt nicht gekommen. So sieht das zumindest nach meiner Auffassung hier aus. Und wenn Sie diese Wahlergebnisse nicht erreichen, dann kann man nicht irgendwie dann mitten in der Wahlperiode versuchen, einfach Regeln zu ändern, damit man dann wieder vertreten ist im Ausschuss.

Und ich will nur noch mal darauf hinweisen. Und deswegen macht mich das wirklich auch ärgerlich. Ich finde das auch undemokratisch, auch Ihre Äußerungen dazu von Herrn Dr. Thomas danach, die Vorwürfe in unsere Richtung, unterirdisch, wirklich.

Und ich will das nur noch mal dadurch unterstreichen, dass wir anderthalb Jahre diese Wahlperiode verbracht haben, als damals wir siebenköpfige Fraktionen und FDP/FREIE WÄHLER und Hauptsache Halle dreiköpfige Fraktionen. Und wir haben uns als mehr als doppelt so starke Fraktion nicht ein einziges Mal darüber beschwert, dass wir genauso wie die Dreierfraktion auch nur einen Sitz im Ausschuss hatten. Jetzt sind wir acht Leute und wir wagen es, uns einen zweiten Sitz in Anspruch zu nehmen, und Sie machen hier so einen Terz. Das kann ich wirklich nicht mehr nachvollziehen und ich finde das auch in der Sache wirklich nicht in Ordnung, das so zu machen. Und deswegen werden wir diesen Antrag natürlich auch ablehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke für Ihre Ausführungen, Frau Müller. Dann möchte ich erst noch die Frau Ranft zu Wort kommen lassen.

Frau Ranft

Ja, vielen Dank. Also, wir werden den Antrag auch ablehnen und ich wusste jetzt nicht, ob das, es klang so ein bisschen nach Satire, wie sich Herr Thomas danach geäußert hat, aber es war ja keine. Dennoch, das Wahlergebnis wird ja auch verzerrt, wenn Personen von anderen Parteien oder auch dann fraktionslose in die Fraktion aufgenommen werden. Also das Argument ist jetzt nicht ganz, empfinde ich jetzt nicht so ganz so stark, Frau Müller, wie Sie das jetzt gerade gesagt haben.

Aber ich möchte das nochmal aufgreifen, was eben auch angesprochen wurde. Herr Wels, also Sie sind ja drei, wir sind sechs und wir haben auch nur einen Sitz. Wie würden Sie das denn demokratisch rechtfertigen, wenn wir mit doppelt so vielen, wurde ja jetzt schon zweimal gefragt, wenn wir mit doppelt so vielen Sitzen quasi auch nur einen Sitz haben? Dann ist das ja auch verzerrt.

Und was ich auch gerne anrege, das spreche ich jetzt aber nur mal so in den Raum, dass Stadtratssitzungen auch immer lange gehen und dass man auch die Möglichkeit hat, dann auch lange zu bleiben und dann vielleicht auch so seine demokratische Aufgabe auch wahrzunehmen. Aber das nur mal so in den Raum gesagt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke, Frau Ranft. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Also, was hier gerade so vorgetragen wird, ist höchst interessant. Das ist auch nicht das, was ich in der Stadtratssitzung, als diese Entscheidung getroffen wurde, wahrgenommen habe. Da war das nicht so seriös, wie es jetzt teilweise gegeben wird. Da wurden dann entsprechend gerade von den Antragstellern Losergebnisse durchaus gefeiert, mit High-Five. Ob das dann demokratisch und angemessen ist, das möchte ich bezweifeln.

Zwischenrufe

Jetzt rede ich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Könnte ich bitte um Ruhe bitten?

Herr Heym

So, jetzt grundsätzlich. Die Anzahl der Sitze, die durch, Entschuldigung, es ist nicht D'Hondt, sondern Hare/Niemeyer, vergeben werden, ist rein willkürlich in der Hauptsatzung festgelegt. Und natürlich jederzeit durch das Gremium Stadtrat anzupassen, wenn die Situation es entsprechend gebietet. Aus unserer Sicht gebietet es die Situation, in der wir stehen, weil nämlich die Verteilung der Fraktionsgrößen dazu führt, dass eine Fraktion unglücklicherweise durch dieses Losverfahren massiv jetzt nicht mehr in Ausschüssen vertreten ist. Wir haben versucht, dem ein bisschen abzuweichen, weil wir insbesondere für den Sportausschuss das für sehr unglücklich halten, dass unser Spitzensportler im Stadtrat eben nicht die Möglichkeit hat, dort ständiges Mitglied zu sein. Und wir können natürlich diesen Makel, diesen Missstand heilen, indem wir die Hauptsatzung anpassen. Grundsätzlich gebietet das eigentlich immer eingangs der Wahlperiode die konstituierende Sitzung, dass sich das anguckt und das tut. Das war in dem Fall nicht notwendig, weil zu dem Zeitpunkt war ja der verlorene Sohn, den Sie jetzt wieder in Ihre Arme geschlossen haben, noch nicht Teil Ihrer Fraktion. Das heißt also, es war die Situation noch nicht entstanden.

Grundsätzlich stimme ich Herrn Wils aber zu. Es ist tatsächlich, gerade weil ja die Pressevertreter auch in den Ausschusssitzungen sind, das Stimmverhalten beobachten und Rückschlüsse ziehen und im Grunde diese Meinungsbildung, die dort stattfindet, diese Prozesse in der Presse abbildet, höchst unglücklich, wenn eine Fraktion, und das ist nicht ein einzelner Stadtrat, das ist eine Fraktion, in einem Ausschuss überhaupt nicht vertreten ist und im Grunde dort eben nur eingeschränkt über das KVG mitwirken kann.

Und wenn wir die Möglichkeit haben, hier entsprechend eine Lösung zu finden, die im Grunde dazu führt, dass das, was wir im Stadtrat abbilden, nämlich dass jede Fraktion beteiligt ist an Meinungsbildungsprozessen, auch für die Ausschüsse sicherzustellen, dann sollten wir das tun. Ich verstehe nicht, warum sich hier gesperrt wird. Dann wird das Argument noch kommen: „Wir hatten schon mal eine ähnliche Situation in der letzten Wahlperiode.“ Nur ich erinnere daran, dass die zum Ende hin dann nur wenige Monate betraf. Wir sind jetzt aber noch nicht mal in der Mitte der Wahlperiode. Sondern es sind dreieinhalb Jahre, die im Grunde diese Situation jetzt für die Fraktion Hauptsache Halle auszuhalten und zu ertragen ist. Ich finde das höchst unglücklich und ich finde den Antrag eigentlich zielführend und kann nicht nachvollziehen, was hier in der Vehemenz an Widerstand vorgetragen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Heym. Dann haben wir Herr Kehrwieder von der FDP, bitte.

Herr Kehrwieder

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich würde das mal versuchen, so ein bisschen als

auch betroffene Fraktion von einem Losverfahren, obwohl wir mehr Glück hatten als Hauptsache Halle. Und was anderes war es nicht. Es war reines Losglück, dank der Losfee Herrn Stehle. Von daher würde ich das einfach mal versuchen, so ein bisschen vielleicht zusammenzuführen, damit man hier auch mal verbal so ein bisschen abrüstet.

Weil es ist das gute Recht der Linksfraktion gewesen, dieses Losverfahren in die Wege zu leiten. Das sehen wir einfach so vor. Und wenn man ein Ausschussmitglied mehr bekommt, dann ist es doch im natürlichsten Interesse der Fraktion, dass man dieses Ausschussmitglied auch mehr bekommt. Und wenn es dann uns betrifft, also ich würde es der Linken schon fast übel nehmen, wenn die sich nicht darüber freuen würden, wenn die FDP einen Sitz weniger bekommt. Von daher, das ist doch das politische Geschäft. Das ist nicht schlimm.

Aber gleichzeitig ist es doch auch vollkommen verständlich, dass die Fraktion Hauptsache Halle hier diesen Antrag stellt, wenn sie dort so benachteiligt ist, wenn wir schon die Möglichkeit haben, das in der Satzung zu ändern. Das ist doch dann unsere Entscheidung als Stadträte. Das ist überhaupt nichts Schlimmes, das ist nichts, wo man sich irgendwie gegenseitig und da muss ich leider auch Hauptsache Halle ein bisschen unverständlich ausdrücken, warum man da noch eine Brandmauer hochzieht, weiß ich jetzt auch nicht. Das ist im Kommunalen sowieso ein bisschen schwierig.

Aber da verstehe ich jetzt auch nicht die, sage ich mal, doch echt unschöne Entgleisung gerade von Ihnen, Frau Ranft. Also wir sind alle ehrenamtlich hier unterwegs. Wir alle sitzen lange in Sitzungen und manchmal geht man halt auch mal früher von dem Stadtrat. Es ist ein Ehrenamt. Zu Hause warten Familie, Freunde oder vielleicht auch einfach mal die Ruhe, die man braucht, auf einen. Und das ist überhaupt nicht schlimm, wenn man sich mal früher aus einer Sitzung verabschiedet. Deswegen rüsten wir alle mal ein bisschen ab und stimmen den Antrag durch. Es ist unsere Entscheidung. Wir werden dafür stimmen. Als betroffene Fraktion zeigen wir uns da auch solidarisch. Aber wir haben vollstes Verständnis dafür, wenn man dafür nicht stimmt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Kehr wieder, für diese Worte. Herr Wels, bitte.

Herr Wels

Den Worten von Herrn Heym, von Herrn Kehr wieder, die letzten Worte, denen kann man sich nur anschließen. Das ist auch unsere Intention gewesen.

Zu Frau Müller beispielsweise. Da muss ich ganz ehrlich sagen, mein Empfinden ist es, und so treten sie auch auf, dass sie einfach nur Mitbewerber rausdrängen wollen. Sie hätten ganz locker sagen können, man kann diese Hauptsatzung anfassen. Es ist ein ganz leichtes. Wir haben erst im August 2024 eine Neufassung der Hauptsatzung vollzogen. Es wäre jetzt die erste Änderung zur Hauptsatzung, überhaupt kein Problem. Damals haben wir die Ausschusstätigkeit nochmal neu geregelt. Das wäre hier null, null Problem. Und dann hätten wir das geheilt und hätten eine demokratische Teilhabe. Und das gilt für alle Fraktionen.

Und was machen sie, wenn der Fraktionsnomade, so muss man das sagen, kurz vor Ende der Wahlperiode wieder überwechselt und dann vielleicht im Wahlkampf für die Partei reingeht? Gehen wir dann wieder zurück oder wie läuft das dann ab?

Und ich finde, wir müssen gucken. Die demokratische Realität sieht jetzt so aus und da möchten schon alle Fraktionen beteiligt sein. Das ist im Landtag so, das ist im Bundestag so, das ist auch in anderen Bereichen so. Wir können das meines Erachtens nicht einfach so stehen lassen, dass andere wirklich zuschauen. Kann man das wollen, dass manche zuschauen und andere dabei sind? Gewählte Fraktionen.

Und das macht uns im Prinzip so, dass wir dort einfach diesen Antrag jetzt eingebracht haben, weil es nämlich ein leichtes ist. Es ist überhaupt kein Mangel. Es ist überhaupt kein

Problem. Eine Hauptsatzung ist kein starres, statisches Konstrukt, sondern da kann man rangehen. Es ist ein Regelwerk, das die demokratische Realität abbilden soll. Und genau hier denke ich mal, wäre es ein Zeichen funktionierender Selbstverwaltung. Und deswegen bin ich einfach der Auffassung, man kann der Sache hier schon durchaus zustimmen und muss sich dagegen definitiv nicht verwehren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Wels. Frau Ranft, noch einmal bitte.
Frau Ranft, zieht zurück, dann habe ich Herrn Raabe, bitte.

Herr Ferdinand Raabe

Vielen Dank. Ich finde es ja ganz spannend, was ja auch schon angeklungen ist, dass Sie, Herr Wels, zu Recht verlangen, das demokratische Mitspracherecht zu haben, dass Sie verlangen, dass alles schön formfolgend gewahrt wird. Und gleichzeitig wollen Sie der Linken absprechen, wie Sie es mit Ihrer Pressemitteilung direkt nach der Abstimmung gemacht haben, Ihr demokratisches Recht auf Ihren Platz zu nutzen.

Ich kann Ihr Anliegen verstehen, dass Sie als kleine Fraktion diese Plätze verloren haben. Das ist im demokratischen Diskurs mit Sicherheit eine Problemstelle, mit der man sich auseinandersetzen muss. Aber vielleicht wäre es dann klüger, wenn man in Zukunft dann nicht groß mit den Fanfaren so eine Pressemitteilung in die Welt posaunt, sondern dass man sich dem dann sachlich annimmt. Und ich glaube, dann hätte man auch eine andere sachliche Debatte hier führen können. Das geht leider auf Ihre Kappe an der Stelle.

Des Weiteren müssen wir uns ja aber jetzt vor Augen halten. Wir haben jetzt eine Situation, wo wir möglicherweise hier einen demokratischen Missstand wie er sich für Sie anfühlt, kitten könnten durch diese Veränderung der Ausschusssitze. Gleichzeitig haben wir aber ja langfristig das Problem, wenn wir jetzt sagen, nach der nächsten Wahl hat die FDP drei Sitze, die FREIE WÄHLER haben drei Sitze, vielleicht die MitBürger und wir von Volt haben auch drei Sitze. Dann werden die Ausschüsse irgendwann ganz schön groß, wenn wir sagen, jede Fraktion mit drei Sitzen möchte da drin sitzen. Oder wir haben eben auch wieder die Situation, dass eine Fraktion vielleicht nicht vertreten ist. Schon jetzt haben Sie die Möglichkeit, Sie können sich wie auch hier zu Wort melden in den Ausschüssen. Das heißt, Ihr Mitspracherecht ist schon jetzt gewahrt.

Und vielleicht, um da einer Lösung näher zu kommen, ist es ja nicht so, dass wir jetzt als einzige Lösung hätten, auf zwölf Sitze zu erhöhen. Wir könnten beispielsweise auch auf zehn Sitze heruntergehen. Dann würden wir wieder ein bisschen Sitzungsgeld sparen. Vielleicht gefällt das auch der FDP-Fraktion. Oder in Magdeburg beispielsweise hat der Hauptausschuss zwölf Sitze, beschließende Ausschüsse neun Sitze, beratende Ausschüsse sieben Sitze.

Also ich glaube, es ist mit Sicherheit ein Problem, über das man reden muss. Vor allem, wie gesagt, mit Blick, dass nach der Wahl die Platzverteilung wieder ganz anders aussehen muss. Ich glaube nur, dass der gesamte Aufschlag hier von Ihrer Fraktion, Herr Wels, sehr ungeschickt ist und der Sache bestimmt nicht zuträglich war. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke schön, Herr Raabe, für Ihre Äußerung. Jetzt habe ich Herrn Dr. Meerheim hier schon länger auf der Liste. Bitte, Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Herr Wels, es ist schon wirklich bemerkenswert, wie Sie Demokratie definieren, für sich, für Ihre Inanspruchnahme. Demokratie existiert für Sie wahrscheinlich zeitlich und auch nur situativ in bestimmten Grenzen. Zumindest macht das der Antrag deutlich.

Als wir in der letzten Wahlperiode einen solchen Antrag im Stadtrat behandelt haben, haben wir zu Recht diesen Antrag abgelehnt, auch Ihre Fraktion im Übrigen. Jetzt, wo Sie selber in der Situation sind wie damals die antragstellende Fraktion, kommen Sie offensichtlich zu einer anderen Sichtweise. Das ist nachvollziehbar, aber vielleicht erleben Sie jetzt den Schmerz, den damals die anderen drei erlebt haben.

Und situativ meine ich: Demokratie gilt entweder, oder die demokratischen Regeln gelten entweder immer und nicht bloß für acht Monate oder für dreieinhalb Jahre, sondern sie gelten für alle gleich. Und die haben wir uns zu Beginn der Wahlperiode gegeben. Dass man sogar noch einschränkender hätte tätig werden können, hat gerade Herr Raabe deutlich gemacht, indem man Sitzzahlen sogar noch verkleinern könnte. In Fragen der Haushaltskonsolidierung wäre das dann eine andere Art der Überlegung, die die FDP angestellt hat, aber es war ja immerhin ein Anstoß, mal darüber nachzudenken.

Und ich finde es insofern bemerkenswert, dass Sie für Demokratie, für sich werben, Demokratie in Anspruch nehmen und uns, wie gesagt, dieses vom Gesetzgeber vorgesehene Recht nicht zusteht. Dass wir es umsetzen und stattdessen ein öffentliches Tamtam machen, wo ich sage: „Wo ist da Ihr demokratisches Verständnis geblieben?“ Einfach das anzuerkennen, was diese Demokratie sich in Gesetzen und Regeln über bestimmte Verfahren und Situationen gegeben hat. Und das müssen wir alle. Dagegen kann oder sollte man sich im Regelfall nicht verhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke, Herr Dr. Meerheim. Nun zu Ihre Fraktionskollegin Frau Müller, bitte.

Frau Müller

Es ist alles gesagt. Ich würde nur noch mal bitte zu Protokoll geben, dass ich die Begrifflichkeit Fraktionsnomade für meinen Fraktionskollegen Herrn Schied hier deutlich zurückweise. Und Herr Raabe hatte eben schon gesagt, wo ja auch das Problem ist, auch hinsichtlich Ihres unsäglichen Aufschlags. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Frau Müller. Komme ich nun zur AfD-Fraktion. Herr Vierkant, bitte.

Herr Vierkant

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ja, Herr Dr. Meerheim, mein Kollege Herr Heym hat es gerade schon gesagt: Bei der Partei war es beim letzten Mal zwei Monate, wo es noch darauf ankam, eine Umbesetzung. Da kann man darüber diskutieren, ob es Sinn macht, da nochmal alles umzuwerfen für zwei Monate. Hier ist, wie gesagt, noch der Großteil der Legislatur vor uns, also ein Unterschied.

Herr Raabe, es ist eben so, dass es ein Los war. Das heißt, natürlich hat die Linke das Recht, das zu beantragen. Aber wenn das Los so entschieden wird, dann ist es halt auch im Zweifel so, dass Hauptsache Halle gewonnen hätte.

Wir haben von Anfang an gesagt, die beste Lösung aufgrund der gleichen Faktoren, weil es nicht darauf ankommt, ob man doppelt so groß ist oder was auch immer. Das KVG sieht vor, dass jede Fraktion entsprechend abgebildet sein muss in den Ausschüssen. Das ist im Moment nicht der Fall, aufgrund dieses Losverfahrens, das notwendig würde. Die Änderung der Hauptsatzung, die hier vorgeschlagen wird, würde das ändern, würde das Problem beheben. Aber natürlich ist uns auch nicht entgangen, dass Frau Müller in der Presse zu Protokoll gegeben hat, dass auch alle Lose zuungunsten der AfD hätten ausgehen können, wo natürlich die eigentliche Intention des Antrags klar wird. Und dass man dann billigend in Kauf nimmt, dass die kleinen Fraktionen nicht mehr abgebildet sind im Stadtrat

beziehungsweise in den Ausschüssen, damit man irgendwie die AfD schädigen kann, das hat man ja auch erkennen können, als sie dann, nachdem endlich das vorletzte und das letzte Los, wo es dann doch noch die AfD getroffen hat, dass sie dann doch nur abklatschen mussten aus Erleichterung. Das hat, glaube ich, alles über ihre Intention, über ihre Redseligkeit ...

Also wir würden gerne den kleinen Fraktionen ihr Recht wiedergeben, indem sie entsprechend abgebildet sind. Die Linke bleibt damit abgebildet, würde sogar in den Ausschüssen, wo sie bis jetzt nicht vorhanden ist, noch reinrutschen mit ihrem zweiten Mann. Ich sehe insofern gar kein Problem darin. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Vierkant. Jetzt kommt auch Herr Erdsack zu Wort. Bitte schön, Herr Erdsack.

Herr Dr. Erdsack

Danke, Herr Oberbürgermeister. Wie fällt denn die Stellungnahme der Stadtverwaltung aus?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Das kann ich Ihnen ganz einfach sagen. Wir halten uns daraus, weil das eine Angelegenheit des Stadtrates ist und die Größe der Ausschüsse...

Herr Schreyer wollte was sagen, Entschuldigung, bitteschön.

Herr Schreyer

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Stellungnahme der Verwaltung wird hierzu, das wird Sie nicht überraschen, inhaltlich genauso ausfallen wie in der vergangenen Wahlperiode zu dem bereits eben mehrfach angesprochenen Antrag. Mit dem Ergebnis, dass natürlich die Entscheidung dem Stadtrat obliegt, wie viele Ausschusssitze er in den jeweiligen Ausschüssen vorsieht.

Ich darf aber, und das ist der Unterschied zum damaligen Antrag, damit jetzt nicht schon entsprechende Irrungen und Wirrungen auftreten, die dann im Stadtrat nicht mehr ausgeräumt werden können. Dieser Antrag entspricht noch nicht einer formellen Änderungssatzung. Bedeutet, das war beim letzten Mal anders: Wenn Sie diesen Antrag so beschließen würden, wäre die Verwaltung nur gehalten, mit einer weiteren Beschlussvorlage zu kommen, nämlich mit einer Änderungssatzung zur Hauptsatzung, die Sie dann mit den entsprechend gesetzlich vorgesehenen Mehrheitsverhältnissen, nämlich mit der gesetzlichen Mehrheit im Stadtrat, mindestens 29, beschließen müssten. Dieser Antrag wird dem nicht gerecht. Es handelt sich nicht um eine formelle Änderungssatzung. Da kann vielleicht der Antragsteller oder die antragstellende Fraktion sich nochmal schlau machen anhand der Session-Unterlagen, die hier öffentlich einsehbar sind. Das vielleicht kurz als Einstieg.

Ansonsten, wie gesagt, mehrere Punkte sind schon angesprochen worden. Es obliegt Ihnen, im Rahmen der Zweckmäßigkeit zu entscheiden, wie viele Ausschusssitze Sie den jeweiligen Ausschüssen zuweisen. Die Rechtsprechung hat mehrfach schon ausgeurteilt, dass es eben nicht, wie das hier eben mehrfach angesprochen worden ist, so ist, dass jede, auch kleine Fraktion, wieder gespiegelt werden muss. Sondern der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit heißt nur, dass das ungefähre Kräfteverhältnis im Stadtrat sich auch in den Ausschüssen wiederfinden muss. Das bedeutet also nicht, dass kleine Fraktionen zwingend Anspruch haben in den Ausschüssen vertreten zu sein.

Rechtsprechungsfälle gibt es, die sagen, dieser Grundsatz der Spiegelbildlichkeit ist dann noch nicht missachtet, wenn entsprechende Gruppen, die mindestens 10 % im Stadtrat haben, nicht in den Ausschüssen sind. Das heißt, wir sind bei einem 10-%igen Verhältnis. Wenn wir dort noch nicht im Ausschuss sind, sagt die Rechtsprechung, das ist immer noch

okay. Und jetzt können Sie mal kurz im Kopf überschlagen, wo wir hier sind, nämlich weit unter 10%, bedeutet also, wir sind weit zulässig nach den Vorgaben der Rechtsprechung.

Und ja, Sie sollten bitte auch berücksichtigen: Je größer die Ausschüsse wählen, umso mehr stellt sich natürlich auch die Frage der entsprechenden Handhabbarkeit. Und ich rede nicht von entsprechenden Zahlungen, die dann fällig werden, und von unseren Haushaltsgrundsätzen und unserer vorläufigen Haushaltsführung, die wir derzeit haben, die dort nur zweitrangig mit zu berücksichtigen ist. Aber letztendlich bitte ich Sie auch das mit dem Hinterkopf bei Ihrer Entscheidung zu haben, sofern die Antragsteller ihren Antrag noch anpassen sollten. Ansonsten würde der Antrag erstmal so weit an den Stadtrat gehen. Und je nachdem, so wie Sie entscheiden, müsste dann die Verwaltung kommen oder nicht. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Schreyer. Herr Erdsack Sie haben eine Nachfrage.

Herr Dr. Erdsack

Ja danke Herr Schreyer, das ging jetzt so schnell, ich konnte nicht mitschreiben, da ich da ein Wortprotokoll haben habe oder auch eine allgemeine schriftliche Antwort, die man zum vorher einstellen können. Danke.

Herr Schreyer

Wie schon am Anfang gesagt, vielleicht ist es untergegangen, es wird natürlich eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung geben. Sie haben hier sozusagen einen Auszug davon, mündlich von mir schon gehört. Sie bekommen fristgerecht zur Stadtratssitzung, spätestens am Freitag wird die dann vorliegen, diese entsprechende Stellungnahme. Und die wird tatsächlich inhaltlich, deswegen hatte ich das gesagt, nicht anders aussehen, als sie zu dem vergleichbaren Antrag in der letzten Wahlperiode gewesen ist.

Aber Sie bekommen eine entsprechende Stellungnahme, Sie können selbstverständlich natürlich von Ihrem Recht auf Wortprotokoll Gebrauch machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Möchten Sie das Wortprotokoll noch haben, Herr Dr. Erdsack, nach dieser Antwort von Herrn Schreyer?

Okay, dann nehmen Sie davon erstmal Abstand von dem Antrag. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, also ich kann nochmal nur meine Verwunderung zum Ausdruck bringen. Ich habe hier viel gerade gehört über Demokratie und demokratische Prozesse und das angeblich unangemessene Verhalten von Herrn Wels in der Presse, als er seine Enttäuschung da Luft gemacht hat. Ich habe kein einziges Argument dafür gehört, warum es tatsächlich nicht möglich sein sollte, unsere Hauptsatzung den Gegebenheiten anzupassen. Es tut mir herzlich leid, dieses Rumgewurstel hier an der Stelle, dieses Rumgeeier, ist kaum erträglich. Sagen Sie doch einfach, dass Sie hier knallhart Machtpolitik machen wollen, hinsichtlich der nächsten anstehenden Wahlen sich hier in die Startlöcher begeben wollen und die Fraktionen Hauptsache Halle klein halten wollen.

Jetzt nochmal zu den Größenverhältnissen. Meine Fraktion hat 13 Mitglieder, die Linke hat 8. Wir sind in einigen Ausschüssen gleich stark vertreten. Wir haben uns nicht an einer einzigen Stelle darüber beklagt. Und was hier maßgeblich in dem Antrag ist, ist das, was Herr Wels eben zum Ausdruck bringt: „Wir möchten bitte, dass jede Fraktion in jedem Ausschuss Mitglied ist.“ Das ist doch wohl legitim, warum man sich hier verschließt. Wie gesagt, da können Sie jetzt hier noch weiter rumeiern, werden sie erklären können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Heym. Ich habe hier noch Frau Müller noch einmal stehen. Möchten Sie noch mal?

Sie lassen es. Okay. Gut, dann würde ich noch das letzte Wort dann logischerweise noch mal den Antragstellenden geben, Herr Wels.

Herr Wels

Ich wollte mich bedanken bei Herrn Erdsack, dass er Herrn Schreyer gefragt hat, wie sieht denn die Stellungnahme der Verwaltung aus, wie ist die rechtliche Einordnung. Wir würden im Prinzip einen versionierten Antrag zum Stadtrat einbringen, wo im Prinzip eine Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vorgeschaltet ist und dann dieser Antrag dann quasi eine Anlage darstellt. Das wäre im Prinzip dann noch unsere Leistung dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, dann würde ich jetzt zur Abstimmung kommen.

Dann würde ich jetzt die Ja-Stimmen zu diesem Antrag von Fraktion Hauptsache Halle bitten. Vier. Dann die Enthaltungen. Falsch. Nein, zuerst mal. Entschuldigung, da sind wir noch von früher gewöhnt. Tut mir leid. Also Ja haben wir jetzt gemacht. Nein. Wer ist dagegen? Sechs.

So, und jetzt die Enthaltungen. Okay.

Sorry, ich habe das acht Jahre immer so erlebt. Ja, Enthaltung, Nein. Und es kommt immer noch mal zurück. Also, mea culpa. Das ist immer noch mal passiert.

Gut, dann haben wir vier Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag von Hauptsache Halle abgelehnt.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

§ 5

Ausschüsse des Stadtrates

(1) Der Stadtrat bildet zur Erfüllung seiner Aufgaben folgende Ausschüsse als ständige Ausschüsse:

1. Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten (Hauptausschuss) mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden,
2. Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben (Vergabeausschuss) mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten,
3. Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (Finanzausschuss) mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten,
4. Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
5. Bildungsausschuss mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
6. Rechnungsprüfungsausschuss mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
7. Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,

8. Sportausschuss mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
9. Kulturausschuss mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
10. Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern,
11. Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung mit ~~mindestens 11~~ **12** Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern.

Die Besetzung der Ausschüsse wird vom Stadtrat durch Beschluss mit einfacher Mehrheit bestätigt. Jede Fraktionen, auf die bei der Sitzverteilung nach § 47 KVG LSA in einem Ausschuss kein Sitz entfallen ist, sind ~~ist~~ **ist** berechtigt, ~~mindestens~~ ein Mitglied mit beratender ~~beschließender~~ Stimme zu entsenden.

Ziel sollte es zukünftig sein, dass jede Fraktion mindestens einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Ausschüsse entsendet. Die Hauptsatzung ist gegebenenfalls dahingehend anzupassen.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thorben Vierkant zur Verkehrssituation auf der Hochstraße**

Herr Rebenstorf informierte, dass die Stadt nicht aktiv werden kann, weil die Überwachung des fließenden Verkehrs der Polizei obliegt.

Anregung:

Herr Vierkant sprach die Verkehrslage auf der Hochstraße an, insbesondere die Zufahrt von der B80, die oft zu Staus führt. Er erklärte, dass ortskundige Bürger illegal an der Ampel rechts abbiegen, um den Stau zu umgehen. Als Lösung regte er an, an dieser Stelle eine Videoüberwachung einzurichten.

zu 8.2 **Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thorben Vierkant zum Weihnachtsmarkt**

Herr Rebenstorf informierte, dass Wachschutz, Polizei und Ordnungsamt soweit möglich versucht haben, das Urinieren auf dem Weihnachtsmarkt zu unterbinden.

Anregung:

Herr Vierkant regte an, dass das Ordnungsamt verstärkt darauf achten sollte, dass Personen nicht illegal auf dem Weihnachtsmarkt urinieren, sondern stattdessen die öffentlichen Toiletten nutzen.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Baumfällliste
Vorlage: VIII/2025/02129

Herr Rebenstorf bat die Fraktion, die Frage erneut im Klima-, Umwelt- und Ordnungsausschuss zu stellen, wenn die zuständigen Kollegen anwesend sind.

Anregung:

Wir regen an, dass bei der Vorlage künftiger Baumfälllisten neben den erfolgten baubedingten Fällungen auch jene Bäume kenntlich gemacht werden, welche im Zuge derselben Baumaßnahmen erhalten geblieben sind. Entsprechend der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale) sind dabei ausschließlich Laub- und Nadelbäume mit einem Stammumfang von 40 cm und mehr (gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden) sowie Straßenbäume unabhängig vom Umfang aufzulisten.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Teilnahme an der „Refill Station“-Aktion
Vorlage: VIII/2025/02130

Frau Brederlow informierte, dass im Rahmen der Erarbeitung des Hitzeaktionsplans der Fachbereich Gesundheit bereits entsprechende Vorbereitungen für den Sommer trifft. Es gab im letzten Jahr schon erste Aktionen. Sie sagte, dass die Anregung an den Fachbereich Gesundheit weitergeleitet wird, sodass dies als Möglichkeit mit berücksichtigt werden kann.

Anregung:

Die bereits vorhandenen öffentlichen Trinkbrunnen in unserer Stadt leisten einen wichtigen Beitrag zu Nachhaltigkeit, Gesundheitsförderung und Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund regen wir an, zu prüfen, ob eine offizielle Beteiligung der Stadt an der deutschlandweiten Initiative „Refill“ (<https://refill-deutschland.de>) eine sinnvolle und wirkungsvolle Ergänzung zu den vorhandenen Angeboten darstellen kann.

Durch die Registrierung städtischer Gebäude, Einrichtungen oder Partnerbetriebe als Refill-Stationen erhalten Einwohner*innen sowie Besucher*innen noch mehr Möglichkeiten, ihre Trinkflaschen kostenlos mit Leitungswasser aufzufüllen – besonders in Bereichen, in denen keine Trinkbrunnen verfügbar sind.

Ein gut ausgebautes Angebot an kostenlosen Trinkmöglichkeiten unterstützt die kommunale Gesundheitsvorsorge, wirkt hitzebedingten Risiken entgegen und entspricht den Empfehlungen vieler Gesundheits- und Umweltbehörden.

Die Teilnahme ist für die Stadt kostenfrei und mit geringem Aufwand verbunden. Gleichzeitig profitieren wir von:

- Mehr Sichtbarkeit als nachhaltige, bürgerfreundliche Kommune
- Reduzierung von Plastikmüll durch weniger Einwegflaschen
- Schaffung eines dichten Netzes an ganzjährig zugänglichen Auffüllmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet (z.B. öffentliche Einrichtungen, Bibliotheken, Rathaus oder Tourist-Information)
- Die Registrierung als Refill-Station ist kostenfrei; der organisatorische Aufwand für die Kommune ist gering. Gleichzeitig kann die Stadt durch ihre Vorbildfunktion weitere lokale Akteure motivieren, sich ebenfalls zu beteiligen.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zur Einrichtung eines Samstagsmarkts mit regionalen Anbietern im Giebichensteinviertel
Vorlage: VIII/2025/02050

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung aufgenommen und die Möglichkeit der Umsetzung geprüft wird.

Anregung:

Die Freifläche am Südufer der Giebichensteinbrücke – zwischen Giebichensteinviertel und Kröllwitz – hat sich in den vergangenen Jahren zu einem beliebten und lebendigen Aufenthaltsort entwickelt. Vor diesem Hintergrund regen wir an, dort die Einrichtung eines regelmäßigen Samstagsmarkts mit einem Fokus auf regionale Anbieter und Direktvermarkter zu prüfen.

Ein solcher Markt könnte nicht nur zur Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen beitragen, sondern auch die Aufenthaltsqualität im Quartier weiter erhöhen, soziale Begegnung fördern und als Ergänzung zum Marktangebot in der Innenstadt dienen.

Konkret schlagen wir vor:

- Das Marktamt oder das Stadtmarketing prüft die Möglichkeit, auf der Fläche vor der Giebichensteinbrücke einen Wochenendmarkt durchzuführen (z. B. samstags, ggf. saisonal).
- Als erster Schritt erfolgt eine unverbindliche Interessensabfrage bei regionalen Direktvermarktern, Erzeugerbetrieben, Hofläden, kleinen Manufakturen, Imkern oder sozialen Trägern.
- Auch eine Kooperation mit lokalen Initiativen, z. B. aus dem Bereich Nachhaltigkeit, Stadtteilkultur oder Nahversorgung, sollte erwogen werden.

Wir gehen davon aus, dass eine solche Initiative im Stadtteil auf hohe Akzeptanz stößt und langfristig zur Attraktivität und Identifikation mit dem Quartier beiträgt.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme am Entsiegelungswettbewerb „abflastern“
Vorlage: VIII/2025/02053

Herr Rebenstorf informierte, dass es beim „abflastern“ darum geht, Bürgerinnen und Bürger zu animieren, versiegelte Flächen zu entsiegeln. Auf privaten Grundstücken ist dies jedem selbst überlassen. Der Anregung kann die Verwaltung nicht folgen, da man mit den Konzepten auf städtischen Flächen bereits gut vorankommt.

Anregung:

Die zunehmende Versiegelung von Flächen stellt eine der größten Herausforderungen für die Lebensqualität und klimatische Resilienz unserer Stadt dar. Insbesondere in den hochversiegelten Zentren und Quartieren, die bereits jetzt als Hitzehotspots identifiziert wurden, führen versiegelte Flächen zu:

- Gesundheitsgefahr aufgrund extremer Hitzeentwicklung im Sommer, da sie Wärme speichern und keine Verdunstungskälte entsteht.
- Überlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, da das Wasser nicht im Boden versickern kann.
- Verlust von Biodiversität und Rückgang von Lebensräumen.

Der bundesweite Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“, initiiert von der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung, bietet eine hervorragende Plattform, um diese Entwicklungen umzudrehen. Der Wettbewerb:

- mobilisiert Bürgerbeteiligung: Der Wettbewerb motiviert Privatpersonen, Vereine und Unternehmen, aktiv und messbar zur Entsiegelung und Begrünung beizutragen – jeder Quadratmeter entsiegelte Fläche zählt für die Kommune.
- nutzt erfolgreiche Beispiele: Erfolgreiche Kommunen wie Aschaffenburg und Emsdetten nutzen den Wettbewerb, um ihre Klimaanpassungsstrategien öffentlichkeitswirksam zu flankieren.
- schafft interdisziplinäre Synergien: Die Entsiegelung führt direkt zur Verbesserung des Mikroklimas (Hitzeminderung), des Hochwasserschutzes (Versickerung) und der Biodiversität (neue Lebensräume).

2025 haben bereits verschiedene Kommunen am Wettbewerb teilgenommen, der ursprünglich aus den Niederlanden stammt:

- Gießen (nutzt den Wettbewerb, um auf die Senkung der Niederschlagswassergebühr hinzuweisen und vergibt kostenlos Erde/Blühmischungen).
- Wuppertal (breites Netzwerk urbaner Gärten und Vereine mobilisiert sich; nutzt den Wettbewerb für Bürgerbudget-Abstimmungen).
- Hamburg (führt eine eigene, große Initiative „Abpflastern – von Grau zu Grün“ durch, die auch in den Bundeswettbewerb einfließt, um private und öffentliche Flächen zu entsiegeln).

Das Thema Entsiegelung und ihre Relevanz für das Stadtklima wurde vor diesem Hintergrund 2025 bereits im Naturschutzbeirat der Stadt Halle (Saale) diskutiert und für sinnvoll befunden. Dabei merkte der Beirat u. a. an, dass gerade auch private Flächen eine wichtige Rolle spielten. Die aktive Teilnahme am Wettbewerb würde ein deutliches politisches Signal setzen, dass Halle die Herausforderung des Klimawandels ernst nimmt. Außerdem ermöglicht der Wettbewerb konkrete, quantifizierbare Erfolge in der Klimaanpassung, die auf einer breiten bürgerschaftlichen Basis entstehen. Hinzu kommt durch das bürgerschaftliche Engagement eine Umsetzbarkeit bei angespannter Haushaltslage.

Die Verwaltung wird durch diese Anregung aufgefordert, die logistischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche stadtweite Teilnahme zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund regen wir die Verwaltung an zu prüfen:

1. Die Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am bundesweiten Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“ als Beitrag zum Hitzeaktionsplan und zum Gesundheitsschutz für das Jahr 2026 zu erklären.
2. Die notwendigen Schritte und Öffentlichkeitsarbeit für eine Beteiligung von Verwaltung, städtischen Unternehmen und zur Mobilisierung von Privatpersonen, Vereinen, Schulen und Unternehmen am Wettbewerb in die Wege zu leiten.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Beschriftung des Matthias-Grünwald-Denkmal Vorlage: VIII/2025/02026

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Anregung aufgenommen wird. Sie führte aus, dass eine Bronze-Tafel im Oktober 2025 gestohlen wurde und wieder angebracht werden soll, sobald entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Anregung:

Die in der Straße Mühlberg/Ecke Mühlgasse aufgestellte Statue des Künstlers Matthias Grünwald ist derzeit ohne erläuternde Beschriftung. Ursprünglich war das Denkmal mit einer Tafel versehen, diese ist jedoch nicht mehr am Denkmal angebracht. Dadurch ist vielen

Passant:innen nicht bekannt, welche historische Persönlichkeit hier dargestellt wird und welche enge Verbindung Grünewald zur Stadt Halle hatte.

Matthias Grünewald (* um 1480; † 1528 in Halle (Saale)) zählt zu den bedeutendsten Malern und Grafikern der Renaissance. Sein Hauptwerk, der Isenheimer Altar, gilt als eines der bedeutendsten Meisterwerke der deutschen Tafelmalerei und als herausragende Leistung der europäischen Kunstgeschichte.

Weniger bekannt, jedoch für unsere Stadt von großer Bedeutung, ist Grünewalds Wirken in Halle: Ab dem Sommer 1527 lebte er in Halle (Saale) und war hier als städtischer Wasserbauingenieur tätig. Er fertigte technische Zeichnungen an, übernahm Aufgaben der Wasserkunst und verstarb im Jahr 1528 in unserer Stadt. Zu seinem Gedenken schuf der Bildhauer Gerhard Geyer ein Denkmal, das 1989 nahe seiner einstigen Wirkungsstätte am Mühlberg errichtet wurde.

Die Persönlichkeit Grünewalds, sein vielseitiges Schaffen zwischen Kunst und Ingenieurwesen sowie seine letzten Lebensjahre in Halle sind ein bedeutsamer Teil der lokalen Kulturgeschichte. Eine entsprechende Beschriftung würde die Sichtbarkeit dieses historischen Erbes erhöhen, zur Wissensvermittlung beitragen und die Wertschätzung für den Künstler in der Stadtgesellschaft stärken.

Vor diesem Hintergrund rege ich an, dass die Stadtverwaltung eine angemessene, gut sichtbare Beschilderung an der Statue von Matthias Grünewald anbringt.

**zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Fabian Borggrefe (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Erweiterung der Vorschlagsliste von Personennamen für Straßenbenennungen um Ilke Wyludda
Vorlage: VIII/2025/02027**

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Anregung aufgenommen wird. Über das Prüfergebnis wird im Kulturausschuss informiert.

Anregung:

Am 1. Dezember 2024 verstarb Ilke Wyludda. Sie war eine der bedeutendsten Leichtathletinnen Deutschlands und eine Persönlichkeit, deren Lebensweg auf besondere Weise mit der Stadt Halle (Saale) verbunden war.

Die 1969 in Leipzig geborene und seit frühester Kindheit in Halle lebende Athletin gehörte über viele Jahre zu den weltbesten Diskuswerferinnen und prägte die deutsche Leichtathletik über Jahrzehnte hinweg. Ihre sportlichen Erfolge sind außergewöhnlich: Von 1989 bis 1991 blieb sie in 41 Wettkämpfen ungeschlagen, errang 1990 den Europameistertitel, wurde 1991 und 1995 jeweils Vize-Weltmeisterin und krönte ihre Karriere 1996 mit der Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Atlanta. Bis heute ist sie die letzte deutsche Olympiasiegerin im Diskuswurf.

Nach schweren gesundheitlichen Rückschlägen und der Amputation eines Unterschenkels im Jahr 2010 gelang ihr eine bemerkenswerte zweite Karriere als Parasporthlerin. Bei den Paralympischen Spielen 2012 in London startete sie im Diskuswurf und im Kugelstoßen, stellte deutsche Rekorde auf und gewann später bei internationalen Wettkämpfen weitere Medaillen. Ihre Rückkehr in den Leistungssport machte sie zu einem Vorbild für viele Menschen.

Ilke Wyludda blieb Halle bis zu ihrem Tod im letzten Jahr eng verbunden und war weit über ihre sportlichen Erfolge hinaus eine prägende Persönlichkeit. Ihr Lebensweg steht für Durchhaltevermögen, Inspiration und eine enge Verwurzelung mit dem halleschen Sport.

Vor diesem Hintergrund rege ich an, dass die Stadtverwaltung prüft, Ilke Wyludda in die Vorschlagsliste von Personennamen nach denen der Öffentlichkeit gewidmete Einrichtungen, Bauwerke, Straßen, Wege oder Plätze benannt werden, aufzunehmen.

zu 8.9 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Ferdinand Raabe zu Überlastungsanzeigen

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es bei der Anregung darum geht, Überlastungsanzeigen zentral und statistisch zu erfassen. Die Anregung wird nicht aufgenommen, da aufgrund der dezentralen Verantwortung zunächst die Fachbereichsleitungen gemeinsam mit ihrem Personal die Ursachen und Gründe prüfen müssen. Sofern sich dabei organisatorischer oder personeller Nachsteuerungsbedarf ergibt, wird der Organisations- und Personalbereich einbezogen. Bei strukturellen Veränderungen, die dauerhaft zusätzliches Personal erfordern, erfolgt eine Nachbearbeitung der Stellenpläne.

Anregung:

Herr Raabe bezog sich auf die schriftliche Antwort zur Anfrage seiner Fraktion zu Überlastungsanzeigen. Er regte an, einen Weg zu finden, wie eine zentrale bzw. statistische Erfassung dieser Anzeigen erfolgen kann. Seine Fraktion erachtet dies als sinnvoll, da gerade in den Haushaltsverhandlungen über Personalkürzungen diskutiert wird. Neben den Krankheitsständen könnten Überlastungsanzeigen für die Stadträte als Indikator dienen, in welchen Bereichen Personal eingespart werden kann und wo bereits am Limit gearbeitet wird.

zu 8.10 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Darstellung des Haushaltsplans der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/02065

Herr Bürgermeister Geier bezog sich auf Punkt 1 und 2 und sagte, dass diese Punkte der Anregung aufgenommen werden. Es wird dem Haushaltsplan 2027 eine entsprechende Übersicht über freiwillige Leistungen mit Produktbezug beigefügt, um den Haushalt entsprechend zu ergänzen. Weiter sagte er, dass der Punkt 3 nicht aufgenommen werden kann, da die Spaltendarstellung des Haushalts an das Haushaltsrecht des Landes gebunden ist. Die Kommunale Haushaltsverordnung legt fest, wie die Spaltendarstellung im Haushalt auszugestaltet ist.

Anregung:

Die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER regt an, die Darstellung des städtischen Haushaltsplans so zu überarbeiten, dass Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Stadtrat, Verwaltung und Öffentlichkeit verbessert und der Rechercheaufwand deutlich reduziert werden.

Wir bitten die Verwaltung, bei der Erstellung künftiger Haushaltspläne folgende Punkte umzusetzen:

1. Gesammelte Auflistung aller freiwilligen Leistungen

- Erstellung einer Übersicht aller freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale) über alle Produkte und Produktbereiche hinweg.
- Aufnahme auch solcher freiwilligen Leistungen, die in Produkten veranschlagt sind, in denen zugleich Aufgaben des pflichtigen eigenen Wirkungskreises oder des

übertragenen Wirkungskreises erfüllt werden.

2. Ausweis des Anteils der freiwilligen Leistungen je Produkt

- Für jedes Produkt, in dem freiwillige Leistungen veranschlagt sind, soll der prozentuale Anteil der freiwilligen Leistungen am Gesamtvolumen des jeweiligen Produkts ausgewiesen werden.
- Dieser Anteil ist sowohl in der genannten Sammelübersicht als auch im jeweiligen Produkthaushalt (z. B. in einer zusätzlichen Spalte oder Anmerkung) kenntlich zu machen.

3. Ergänzung des Rechenergebnisses um den ursprünglichen Planansatz

- In den Ergebnisdarstellungen ist das tatsächliche Rechenergebnis des Vorjahres künftig gemeinsam mit dem vom Stadtrat beschlossenen ursprünglichen Planansatz des Vorjahres auszuweisen.
- Dies soll einheitlich auf der Ebene der Produkte erfolgen, ggf. in tabellarischer Form mit den Spalten „Planansatz Vorjahr“, „Rechenergebnis Vorjahr“ und der absoluten bzw. prozentualen Abweichung.
- Ziel ist es, die bislang erforderliche parallele Nutzung verschiedener Dokumente (Haushaltssatzung/Haushaltsplan des Vorjahres und Rechnungsergebnis) zu vermeiden.

zu 8.11 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Prüfung der Einrichtung temporärer Behindertenparkplätze bei öffentlichen (Groß-) Veranstaltungen Vorlage: VIII/2025/02066

Herr Rebenstorf informierte, dass im Stadtzentrum ausreichend öffentliche Behindertenparkplätze eingerichtet und gekennzeichnet sind, die auch über die Website halle.de einsehbar sind. Bei Großveranstaltungen (wie Laternenfest) werden ebenfalls Behindertenparkplätze eingerichtet und über Pressemitteilungen, Programmhefte sowie die Website der Stadt entsprechend kommuniziert.

Anregung:

Bei vielen Veranstaltungen im Stadtgebiet werden aus Sicherheits- und Verkehrsgründen Straßen gesperrt und reguläre Parkplätze aufgehoben. Für Menschen mit Behinderungen, die auf kurze Wege und gut erreichbare Stellplätze angewiesen sind, kann dies faktisch einen Ausschluss von der Teilnahme bedeuten. Durch klar ausgewiesene, temporäre Behindertenparkplätze wird die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen deutlich verbessert.

Daher regt die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER an, bei der Planung, Begleitung und Durchführung öffentlicher (Groß-)Veranstaltungen im Stadtgebiet künftig verstärkt die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen zu berücksichtigen.

Wir bitten die Verwaltung, insbesondere die zuständigen Fachbereiche und die Straßenverkehrsbehörde, zu prüfen:

1. Einrichtung temporärer Behindertenparkplätze bei Veranstaltungen im Stadtzentrum

- Prüfung, inwieweit bei größeren Veranstaltungen (z. B. „Sommer nach Acht“, Themen- und Spezialmärkte, Stadtfeste, verkaufsoffene Sonntage und ähnliche Formate) temporäre Behindertenparkplätze ausgewiesen werden können.
- Festlegung geeigneter Standorte mit möglichst kurzen, barrierearmen Wegen zu den Veranstaltungsflächen.

- Ausweisung dieser Parkplätze für die Dauer der Veranstaltung durch entsprechende verkehrsrechtliche Anordnungen (Beschilderung, Bodenmarkierungen o. Ä.) im Rahmen der bestehenden Rechtslage.

2. Verankerung in Veranstaltungs- und Verkehrskonzepten

- Integration der temporären Behindertenparkplätze in die jeweiligen Verkehrs-, Sicherheits- und Veranstaltungskonzepte, die im Vorfeld erstellt und mit den beteiligten Stellen abgestimmt werden.
- Berücksichtigung der Belange von Rettungswegen und insgesamt geordneten Verkehrsabläufen.

3. Transparente Kommunikation der Angebote

- Veröffentlichung der Standorte und Nutzungsbedingungen der temporären Behindertenparkplätze im Vorfeld der Veranstaltung (z. B. über die städtische Website, Veranstaltungsankündigungen, Pressemitteilungen, Social Media).

zu 8.12 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kooperation des HFC mit dem Tierheim Halle – „Einlaufhunde“ zur Förderung der Tierversmittlung Vorlage: VIII/2025/02063

Frau Brederlow informierte, dass aus Sicht der Verwaltung Hunde als Einlaufhunde für ein HFC-Spiel nicht tierschutzgerecht sind. Sie begründete dies damit, dass insbesondere im Stadion eine starke Lärmkulisse besteht, die für Hunde, vor allem für vorbelastete Tiere, nicht geeignet ist. Zudem fehlt den Tieren eine ausreichende Fluchtmöglichkeit. Sie teilte mit, dass man mit dem Zoo, den Tierschutzvereinen sowie auch mit den Sportvereinen in Kontakt treten wird, um gemeinsam abzustimmen, wie Werbung für vermittelbare Tiere aus den entsprechenden Institutionen betrieben werden kann.

Anregung:

Tierheimtiere warten häufig sehr lange auf ein neues Zuhause. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in ihrer geringen öffentlichen Sichtbarkeit. Gleichzeitig verfügt der Hallesche Fußballclub über eine große, regional stark verankerte Fanggemeinschaft mit hoher Reichweite bei seinen Heimspielen. Eine Kooperation zwischen dem Tierheim und dem HFC würde daher ein wirkungsvolles Instrument bieten, um die Vermittlungschancen von Hunden oder Katzen deutlich zu verbessern.

Ein gemeinsames Projekt, bei dem Spieler des HFC zu Heimspielen mit Hunden oder Katzen aus dem Tierheim einlaufen, würde eine unmittelbare Begegnung schaffen, die Aufmerksamkeit erzeugt und positive Emotionen weckt. Persönliche Momente und direkte Sichtbarkeit erhöhen die Vermittlungswahrscheinlichkeit.

Darüber hinaus würde ein solches Projekt die soziale Verantwortung des Vereins stärken, bürgerschaftliches Engagement fördern und zeigen, dass lokale Institutionen gemeinsam gesellschaftliche Anliegen unterstützen können.

Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass solche Kooperationen sowohl medial positiv aufgenommen werden als auch nachweislich zu erfolgreichen Vermittlungen führen¹. Ein vergleichbares Projekt in Halle würde daher nicht nur dem Tierschutz zugutekommen, sondern auch das gesellschaftliche Profil des Vereins stärken und die Zusammenarbeit kommunaler Akteure fördern.

¹ *Fußball: Straßenhunde statt Einlaufkinder in Rumänien.* (2021, 18. September). EXPRESS. <https://www.express.de/sport/fussball/fussball-strassenhunde-statt-einlaufkinder-in-rumaenien-74278>

Deshalb regt die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER an:

dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Halleschen Fußballclub (HFC) und dem städtischen Tierheim eine Kooperation initiiert. Ziel ist es, ca. zweimal pro Saison bei ausgewählten Heimspielen Tierheimhunde (und, falls möglich, auch Katzen) gemeinsam mit den Spielern ins Stadion „einlaufen“ zu lassen und begleitend auf die Vermittlung aufmerksam zu machen (Stadiondurchsage, LED-Bande, Anzeigetafel).

Die Verwaltung wird gebeten,

1. zunächst das Tierheim Halle einzubinden und dessen fachliche Einschätzung als Voraussetzung festzulegen (Eignung der Tiere, Stressverträglichkeit usw.),
2. gemeinsam mit HFC und Tierheim ein kostenneutrales Konzept für zwei Heimspiele pro Saison zu erarbeiten (inkl. Tierschutz-, Sicherheits- und Hygienestandards),
3. falls das Tierheim keine Kooperation wünscht, auch weitere in Halle ansässige private Tierschutzorganisationen mit Vermittlungsangeboten in Betracht zu ziehen.

zu 8.14 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Tim Kehr wieder zu einem Wunschweihnachtsbaum im Ratshof

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass geprüft wird, ob dies im Dezember 2026 im Ratshof umgesetzt werden kann.

Anregung:

Herr Kehr wieder berichtete, dass die Stadt Magdeburg im Rathaus einen Wunschweihnachtsbaum eingerichtet hat, an dem Wünsche von Schülerinnen und Schülern, einschließlich Waisenkindern, angebracht werden. Diese Wünsche werden von Stadträten und Verwaltungsmitarbeitenden erfüllt. Er regte an, die Einrichtung eines solchen Wunschweihnachtsbaums auch für die Stadt Halle zu prüfen

zu 8.15 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Mini-Gradierwerkes im Stadtgebiet Halle Vorlage: VIII/2025/01911

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung aufgenommen und die Umsetzung geprüft wird. Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird informiert.

Anregung:

Im Rahmen der Ausstellung „O Sole Mio“ in der Neuen Residenz, realisiert durch den Beruflichen Bildungswerk e.V. Halle-Saalkreis, wird unter anderem auch ein Gradierwerk ausgestellt. Es veranschaulicht in kleiner Form, was historische Gradierwerke wie z.B. in Bad Dürrenberg oder Bad Kösen leisten können: ursprünglich zur Gewinnung von Salz entwickelt, dienen sie heute der Gesundheitsförderung. Durch die feine Zerstäubung von Sole entsteht mit Hilfe des Gradierwerkes ein Mikroklima, das dem Meer sehr ähnlich ist. Das Einatmen dieser salzigen Luft kann Erkrankungen der Atemwege und der Haut vorbeugen, verschafft aber auch Linderung bei bestehenden Beschwerden. Weiterhin kann das Gradierwerk in den heißen Sommern als Abkühlung dienen und als Hitzeschutz-Maßnahme in den Hitzeaktionsplan der Stadt Halle aufgenommen werden.

Über den gesundheitlichen Aspekt hinaus kann das Gradierwerk weiterhin als Erlebnis- und Bildungsangebot für Groß und Klein dienen, ein Ort der Entspannung und des Innehaltens

sein und Halle als Salzstadt repräsentieren, indem das Gradierwerk beispielsweise in thematische Stadtführungen integriert wird.

Uns liegt die Information vor, dass die Wartung und Pflege sowie die daraus entstehenden Personalkosten durch das Jobcenter und den Beruflichen Bildungswerk e.V. übernommen werden können.

Daher regen wir hiermit an, einen geeigneten Standort für das Gradierwerk im Stadtgebiet Halle zu finden, um es dort langfristig aufzustellen.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Frau Ranft zur Buslinie 21

Frau Ranft erläuterte, dass die Buslinie 21 seit der Einrichtung der Zwischenhaltestelle in Straßenrandlage hält und nicht mehr wie zuvor auf den Gleisen. Das Halten auf den Gleisen war verkehrstechnisch besser, da dabei kein Überqueren der Straße bei roter Ampel erforderlich war. Sie fragte, wann die Haltestelle wieder auf die Gleise verlegt wird, um einen hindernisfreien Einstieg zu ermöglichen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.2 Frau Ranft zu Dienstreisen

Frau Ranft erkundigte sich nach der Finanzierung der Reise nach Grenoble und warum die Teilnahme des Stadtratsvorsitzenden notwendig ist. Sie fragte, welche Aufgaben der Stadtratsvorsitzende im Rahmen der Reise übernimmt, die nicht vom Oberbürgermeister wahrgenommen werden können und nach welchen Kriterien die Auswahl der Delegation erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass die Stadt sowohl durch den Oberbürgermeister als auch durch den Stadtrat repräsentiert wird. Der Vorsitzende des Stadtrates vertritt ebenfalls die Stadt und nimmt dabei auch eine Kontrollfunktion wahr. Bei Delegationsreisen, insbesondere im Rahmen von Städtepartnerschaften, ist es üblich, dass der Stadtratsvorsitzende anwesend ist. Er sagte, dass er dessen Teilnahme für wichtig hält.

Frau Ranft fragte, ob dies in der Vergangenheit auch so gehandhabt wurde.

Frau Müller stellte klar, dass dies in der Vergangenheit auch üblich war. In der vorherigen Wahlperiode hat es insgesamt weniger Reisen gegeben, was unter anderem auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Sie sagte, dass sie selbst an zwei Reisen teilgenommen hat, nach Danzig und Karlsruhe. Bei der Reise nach Karlsruhe hat es sich ebenfalls um eine Städtepartnerschaftsreise gehandelt, an der auch der Stadtratsvorsitzende teilgenommen hat. Sie hält die Anwesenheit des Stadtratsvorsitzenden bei solchen Reisen für angemessen, da dieser das höchste Repräsentationsorgan der Stadt ist.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte, dass die Beteiligung auch von den jeweiligen kommunalrechtlichen Regelungen abhängt. In der Partnerstadt Karlsruhe führt der Oberbürgermeister die Stadtratssitzungen, sodass es dort keinen Stadtratsvorsitz in dieser Form gibt. In Sachsen-Anhalt hingegen ist ein Stadtratsvorsitzender vorgesehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt verabschiedete sich und Herr Bürgermeister Geier übernahm die Sitzungsleitung.

zu 9.3 Herr Raabe zu TOP 8.9

Herr Ferdinand Raabe bezog sich auf die Mitteilung zur Anregung unter TOP 8.9 und führte aus, dass er es so verstanden hat, dass die Überlastungsanzeigen in der Stadtverwaltung bereits verarbeitet werden und darauf reagiert wird. Da dies dezentral erfolgt, werden sie derzeit nicht gesondert abgebildet. Nach seinem Kenntnisstand sind Überlastungsanzeigen bis 2016 im Personalbericht mit aufgeführt worden, sodass es dieses Verfahren bereits ab. Er stellte klar, dass er es grundsätzlich für gut hält, wenn die Stadtverwaltung auf entsprechende Überlastungsanzeigen reagiert. Gleichzeitig ist dies jedoch genau der Punkt, weshalb er das Thema erneut angeregt hat, da in Haushaltsdebatten immer wieder über Personalkürzungen gesprochen wurde. Dabei stand regelmäßig die Frage im Raum, wie es um die Verwaltung steht, wie viele Kapazitäten noch vorhanden sind, wo Effizienzsteigerungen möglich sind und inwieweit die Verwaltung bereits an ihrer Belastungsgrenze arbeitet. Überlastungsanzeigen könnten aus seiner Sicht ein Indikator sein, der herangezogen werden kann, um zu verdeutlichen, dass in der Verwaltung möglicherweise kein weiterer Spielraum für Kürzungen besteht. Er verwies auf das Vorgehen bis 2016 und bat darum, seine Anregung der Wiederaufnahme aufzunehmen, da er dies für die inhaltliche Auseinandersetzung für sinnvoll hält.

zu 9.4 Herr Sehrndt zu einer Einwohneranfrage aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2025

Herr Sehrndt bezog sich auf eine Antwort der Verwaltung zur Einwohnerfragestunde bezüglich Fernwärme im August-Bebel-Viertel und sagte, dass der Inhalt des Schreibens unsachlich oder irreführend ist. Seiner Ansicht nach darf eine solche Mitteilung nicht direkt an den Bürger gelangen, da sonst der Eindruck entsteht, dass alles unproblematisch ist.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass Fragen aus der Einwohnerfragestunde häufig nicht sofort beantwortet werden können, da diese für die Verwaltung vorher unbekannt sind. Die Fragen werden aufgenommen, an die zuständigen Fachbereiche weitergegeben und, wenn es beispielsweise um Fernwärme geht, auch an die Stadtwerke weitergeleitet. Anschließend wird eine Antwort erstellt, die den Bürgerinnen und Bürgern schriftlich zugeht. Die Stadträtinnen und Stadträte werden ebenso über die Antwort informiert.

Herr Sehrndt betonte, dass die Frage einer Bürgerin zu den Fernwärmekosten ein grundlegendes, existenzielles Problem ist, das in den nächsten Jahren relevant bleibt. Er forderte eine direkte und ehrliche Antwort ohne bürokratische Umwege und kritisierte, dass bisherige Praktiken das Problem nicht sachlich lösen.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es zunächst ein Dialogprozess zwischen den Wohnungsgesellschaften und den Eigentümern vor Ort ist. Sobald Fernwärme relevant ist, kann man darauf eine Kalkulation machen und diese danach verbrauchsmäßig umrechnen. Er wies darauf hin, dass auch die Wohnungsgesellschaften in der Energieinitiative großes Interesse daran haben, die Fernwärmekosten mit ihren Mietern zu kommunizieren. Allerdings ist der Zeitpunkt für eine solche Auskunft im Moment noch extrem früh.

Herr Sehrndt zitierte aus dem Schreiben der Verwaltung: „Durch den Ausbau der Fernwärme in der August-Bebel-Straße und der damit verbundenen Verlegung von

Verteilnetzleitungen im Straßenraum entstehen den Anwohnern keine Kosten. Gebäudeeigentümer, die sich für die Versorgung mit Fernwärme entscheiden und bei denen ein Anschluss technisch möglich ist, erhalten einen Hausanschluss. Auch dieser ist kostenneutral.“ Er erklärte, dass dies nur die halbe Wahrheit ist. Die vollständige Wahrheit zeigt sich erst später „aus dem Fernwärmerohr“. Er kritisierte, dass dies verschwiegen wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Ausbau der Fernwärme in der August-Bebel-Straße im Zusammenhang mit der Sicherung des kleinen Fernwärmenetzes im Paulusviertel steht. Er wies darauf hin, dass bei Leitungsnetzen Redundanz wichtig ist, wie auch bei Wasser- oder Stromleitungen, damit die Versorgung über eine andere Leitung weiterhin sichergestellt werden kann. Um diese Fernwärmeinsel dauerhaft stabil zu halten, wurde die zweite Fernwärmeleitung durch die August-Bebel-Straße verlegt. Für die Anwohnerinnen und Anwohner entstehen dabei keine Kosten, da die Leitung im Straßenraum liegt. Für die Stadtwerke ist dies zudem praktisch, da die Leitung direkt vor den Häusern verläuft und die Investitionen entsprechend umgesetzt werden können. Wenn Eigentümer sich entscheiden, an die Fernwärme anzuschließen, wird der Hausanschluss hergestellt und ein Verbrauchsvertrag abgeschlossen. Dies ist vergleichbar mit einem Telefon- oder Stromanschluss, bei dem die Kosten über den Verbrauch abgerechnet werden.

zu 9.5 Herr Vierkant zum Gesundheitsmanagement

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Vierkant

Dankeschön. Sie haben mir jetzt auch nach vielen Nachfragen am 7. Januar, also vor zwei Wochen, meine Frage zum Gesundheitsmanagement zumindest formal beantwortet. Da möchte ich nochmal nachhaken. Ganz kurz zusammengefasst steht selbst in der Antwort zu meinen Ausführungen: Herr Vierkant bezog sich auf die Beschwerden von Bürgern aus Heide-Nord, die Werbung für das Gesundheitskollektiv gemerkt hätten. Er sagte, dass eine Veranstaltung jetzt am Montag geplant ist. Er erwähnte, dass die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit dem Quartiersmanagement diese Veranstaltung unterstützt, aber keine Informationen darüber gibt, wer hinter diesem Personenkreis steht, warum sie als seriös gelten und ob tatsächlich ein Bedarf besteht, dass diese Gruppe in den Räumlichkeiten des Quartiersmanagements tätig ist. Er fragte, ob die Stadt eine Überprüfung der Seriosität durchgeführt hat. Und dann kriege ich als Antwort von Ihnen die Aussage: Ja, das ist eine Gruppe junger Menschen, die interessieren sich da, die wollen da ein solidarisches Gesundheitszentrum aufbauen. Und das Quartiersmanagement hat sich mal mit denen getroffen und denen angeboten, dass sie das durchführen. Das ist aber keine Antwort auf meine Frage, wie weit die seriös sind, wie weit die jetzt besonders geeignet sind, in entsprechend hochsensiblen Bereichen wie Heide-Nord auch wirklich Bildungsarbeit durchzuführen oder entsprechend tatsächlich im Namen der Stadt tätig werden dürfen.

Das ist alles da nicht beantwortet, sondern Sie schreiben hier nur: Ja, die waren halt da und haben sich mal getroffen und machen halt jetzt entsprechende Themenabende. Das ist keine Antwort auf meine Frage gewesen zur Seriosität. Das war keine Antwort auf meine Frage, wer dahintersteckt. Dementsprechend würde ich Sie darum bitten, da nochmal eine Ergänzung zu Ihrer Antwort zu geben. Dankeschön.

Herr Bürgermeister Geier

Also, die Antwort ist deshalb so verfasst, weil uns kein Hinweis auf Unseriosität vorliegt.

Ende des Wortprotokolls

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Bürgermeister Geier bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Egbert Geier
Bürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer